Von: BIGG-Werne [mailto:info@bigg-werne.de]
Gesendet: Dienstag, 16. Dezember 2014 16:18

An: Makiolla, Michael; Wilk, Dr., Thomas

Betreff: Bergrecht ändern statt BürgerInnen entrechten - Gasförderung in Ascheberg stoppen

Sehr geehrter Landrat, sehr geehrter Kreisdirektor

wir als VertreterInnen der Bürgerinitiativen gegen Gasbohren wenden uns an Sie als Kreis, der unmittelbar von den Erdgasplänen der HammGas GmbH & Co. KG betroffen ist.

Wie Sie aus der Berichterstattung zu der Podiumsdiskussion in Ascheberg am 12.11.2014 erfahren haben dürften, hat sich der Geschäftsführer der HammGas, Herr Presse, persönlich für eine Änderung des Bergrechts bzgl. der Beweislastumkehr ausgesprochen. Wir als VertreterInnen der Bürgerinitiativen sind darüber erfreut, dass Herr Presse sich persönlich damit eine unserer wichtigsten Forderungen in der Argumentation zum Gasbohren zu eigen gemacht haben.

Dies nehmen wir nun zum Anlass, uns in diesem offenen Brief an Sie zu wenden. Denn bereits vor über drei Jahren hat die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Genehmigungsbehörde darauf hingewiesen, dass das Bergrecht dringend reformiert werden müsse. Zu den Verbesserungsvorschlägen gehört neben einer verpflichtenden Sicherungsrücklage der antragstellenden Unternehmen auch die Beweislastumkehr. Leider sind bisher alle Bemühungen, das Bundesberggesetz fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu machen, an den jeweiligen CDU-geführten Bundesregierungen gescheitert.

Wir sind nun sehr erfreut, dass Herr Presse persönlich nicht bereit ist, diesen skandalösen Missstand länger hinzunehmen. Es ist ja auch schwer vorstellbar, dass in Deutschland eine Behörde auf einer Grundlage genehmigen muss, die von dieser Behörde selber als völlig unzureichend gebrandmarkt wurde. Eine solche rechtliche Grundlage wäre z.B. im öffentlichen Straßenverkehr schlichtweg nicht vorstellbar. Und da es sich bei der Förderung von Erdgas um wesentlich riskantere Vorhaben handelt als den Betrieb eines PKWs, sollten entsprechend die gesetzlichen Rahmenbedingungen den in Deutschland üblichen Mindeststandards genügen.

Aus diesem Grunde werden wir als Bürgerinitiativen versuchen, bei den zuständigen Ministerien in Düsseldorf ein Stopp aller weiterer Genehmigungen zu erwirken, bis es zu einer Änderung des Bergrechts gekommen ist. Wir denken, dass wir hier auch im Sinne des Geschäftsführers von HammGas, Herrn Presse, handeln.

Sehr geehrter Landrat, sehr geehrter Kreisdirektor,

wir bitten mit diesem Brief um Ihre politische Unterstützung in dieser Angelegenheit und fordern Sie auf, einen entsprechenden Beschluss Kreistages zu erwirken. In diesem Beschluss sollte festgehalten werden:

 Die Stadt / der Kreis fordert von der Landesregierung den Stopp weiterer Genehmigungen auf Grundlage des aktuelle Bundesberggesetzes, dessen erhebliche Mängel durch die Bezirksregierung seit 2011 aktenkundig ist

- Die Stadt / der Kreis fordert von der Landesregierung, die Bundesratsinitiative für eine Bergrechtsänderung konsequent voranzutreiben, um insbesondere die Beweislastumkehr rechtlich zu verankern
- Die Stadt / der Kreis fordert von der Bundesregierung, endlich in einen konstruktiven Dialog zur Änderung des Bundesberggesetzes einzutreten, indem die entsprechende Bundesratsinitiative der Länder aufgegriffen und ein Gesetzentwurf rasch erarbeitet wird.

Wir bitten um eine Eingangsbestätigung dieses Schreibens und um dessen Weitergabe an die Fraktionen im Kreistag.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Werne

BIGG Drensteinfurt e.V.:

BIGG Hamm:

BIGG Werne:

BIST e.V. Herbern:





BIGG Werne - DIE Bürgerinitiative in Werne für sauberes Trinkwasser

Tel.: 02389/908184 Mail: info@bigg-werne.de

Web: www.bigg-werne.de